

**Für Sie.
Für Düsseldorf.**



Die SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf:

Wichtige Themen der Ratssitzung am 04.02.2010

Schon in der ersten Ratssitzung nach Verabschiedung des knapp kalkulierten Etats für 2010 bestimmten Themen die Debatte, die sich auch massiv auf die Finanzplanung der Stadt auswirken. Der Heimfall des Burg-Wächter Castello (ca. 25 Millionen Euro) und nicht kalkulierte Kosten für den Kö-Bogen (ca. 55 Millionen Euro) machen die Haushaltsplanung schon jetzt zur Makulatur. Auf der zwanzig Tagesordnungspunkte umfassenden Tagesordnung war die SPD-Ratsfraktion mit mehreren Anfragen und Anträgen vertreten. Besonders interessant waren die Debatten zu den folgenden Themen:

➔ „Kö-Bogen“

Eine Straße durch den Hofgarten, massive Eingriffe ins geschützte Gartendenkmal, 55 Millionen Mehrkosten – diese Informationen erreichten letzte Woche die staunende Öffentlichkeit eher bei-läufig. Das provozierte natürlich Fragen, die gestern auch von den Oppositionsfraktionen im Rat gestellt wurden.

Aber alles halb so wild, wie die Verwaltung glauben machen wollte. Ihre Ausführungen waren, wie so oft, eine Lehrstunde in Demokratie Düsseldorf Prägung und Selbstherrlichkeit der schwarz-gelben Mehrheit. Gerne rühmt der Dezernent den „Kö-Bogen“ als „Jahrhundertprojekt“ - dennoch hält er es für ausreichend, wenn dieses Bauvorhaben nur von einer Kleinen Kommission begleitet wird, die dann natürlich auch nur nichtöffentlich tagt.

Die 55 Millionen Euro Mehrkosten sind aus seiner Sicht kein Problem, das sei sogar „gut“, belehrte der Dezernent die Ratsmitglieder. Dennoch liegt die Vermutung nahe, dass sehr niedrig kalkuliert wurde, um der Öffentlichkeit die Sache schmackhaft zu machen - um dann, wenn nichts mehr zu ändern ist, ordentlich nachzulegen. Wären die enormen Zusatzkosten bereits früher bekannt ge-wesen, hätte die Öffentlichkeit das Projekt vermutlich anders bewertet.

Eine Interimsstraße durch den Hofgarten? – Auch das sei kein Problem, so der Baudezernent. Denn tatsächlich handele es sich bei dem demnächst geplanten Teil der Landskrone gar nicht um einen Teil des Hofgartens. Der in Frage kommende Bereich sei lediglich eine Bauschutt aufschüttung. Und selbst wenn - eine Ausnahme von der 1963 vom Rat erlassenen Satzung zum Schutz des Hof-gartens sei jederzeit auch ohne Befassung des Rates möglich, so Bonin. Das sei ganz normales lau-fendes Geschäft der Verwaltung.

So einfach war es nicht immer: Als das Schauspielhaus während der Sanierungsphase für eine Spielzeit (6 Monate) als Ausweichquartier ein Zelt im Hofgarten vorschlug, lehnten dies CDU und FDP mit Hinweis auf den Schutz des Hofgartens ab. Diesmal schwiegen sie. Auf eine entspre- chende Nachfrage von Matthias Herz entgegnete der Planungsdezernent sinngemäß, dass man eben im Herzen des Hofgartens keine „Partymeile“ wollte.

**Für Sie.
Für Düsseldorf.**



Abgesehen von dieser unsachgemäßen Abqualifizierung des Schauspielhauses zeigt der Vorgang deutlich, welche Prioritäten die schwarz-gelbe Mehrheit hat: Eine „Partymeile“ für sechs Monate ist nicht akzeptabel, aber eine Hauptverkehrsstraße mit 8.000 Autos täglich ist kein Problem. Frei nach dem Motto: Machbar ist, was politisch gewollt ist. Nach diesen Ausführungen wunderte dann auch nicht mehr, dass mögliche Belastungen für den Hofgarten und den Teich unter Hinweis auf zahlreiche Genehmigungen von Behörden abgetan wurden.

Nach diesen erhellenden Ausführungen war es dann nur folgerichtig, dass die schwarz-gelbe Mehrheit im weiteren Verlauf der Sitzung auch den Antrag abgelehnt hat, keine Interimsstrasse durch den Hofgarten zu bauen. Die SPD hatte gefordert, alternative Verkehrsführungen z.B. über den Tausendfüßler und die Steinstrasse zu prüfen. Auch der Antrag, kurzfristig im Ordnungs- und Verkehrsausschuss über die weiteren geplanten Verkehrsmaßnahmen im Zuge des Bauprojektes „Kö-Bogens“ zu informieren, fand keine Mehrheit.

Also gilt weiterhin: Alles wird nicht-öffentlich in der Kleinen Kommission beraten, auch wenn es ein Jahrhundertprojekt ist, bei dem eine offenere und transparentere Informationspolitik und Beratungsstruktur angemessen wären.

➔ **Bericht zum Burg-Wächter Castello**

Vor einigen Tagen wurde bekannt, dass die Stadtparkasse Düsseldorf der Stadt empfohlen hat, angesichts der schwierigen Finanzlage der Betreibergesellschaft des Burg-Wächter Castello, das Heimfallrecht auszuüben. Für die Stadt wäre dies mit Kosten in Höhe von ca. 25 Millionen Euro verbunden, Folgekosten noch nicht berücksichtigt. Auf Antrag der SPD-Ratsfraktion wurde der Bericht zum aktuellen Stand in den öffentlichen Teil der Sitzung genommen (die Verwaltung hatte das Thema zunächst für den nicht-öffentlichen Teil vorgesehen).

Stadtdirektor Helmut Rattenhuber bestätigte die Situation gestern im Rat. Im Namen der Fraktion forderte Ratsfrau Helga Leibauer die Verwaltung daraufhin auf, schnellstmöglich Klarheit zu schaffen, wie es mit der Sporthalle nach der Insolvenz des Trägervereins weitergehen soll. Die SPD erwartet insbesondere Aussagen darüber, wer zukünftig die Halle betreiben und vermarkten und wie es mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weitergehen soll. Aus Sicht der Fraktion sollte eine Übernahme des Burg-Wächter Castello nach Möglichkeit inklusive der Belegschaft in die Düsseldorfer „Hallen-Familie“ von ESPRIT arena, ISS Dome, PHILIPSHALLE und Congress Center Düsseldorf geprüft werden. Die Halle könnte in Zukunft ebenfalls von der Veranstaltungsgesellschaft mbH gemanagt werden. Da es sich zunächst nur um einen Bericht der Verwaltung handelte, gab es hierzu keine Abstimmung.

➔ **Organisation des zukünftigen Integrationsausschusses**

Die SPD-Fraktion hatte einen Antrag gestellt, mit dem die Bedeutung des neuen Gremiums durch eine Ansiedlung beim Büro des Oberbürgermeisters aufgewertet und gleichzeitig die erfolgreiche Berufsberatung für jugendliche Migranten gesichert werden sollten.

**Für Sie.
Für Düsseldorf.**



Jannis Vatalis rief dazu auf, den neuen Ausschuss als Chance zu nutzen, um Integration in Düsseldorf zur Chefsache zu machen. CDU und FDP meinten jedoch, dass der Ausschuss besser beim Sozialamt angesiedelt sei und lehnten deshalb ab. Die Fortführung der Berufsberatung soll zunächst im Integrationsausschuss beraten werden. Mit der Entscheidung verpassen CDU und FDP erneut eine Chance, das Thema Integration endlich aus der „Problemecke“ zu befreien. Die wenig qualifizierten Äußerungen des CDU-Rats Herrn Madzirov zeigten zudem, dass es nicht um eine konstruktive Bewertung in der Sache ging, sondern lediglich um destruktive Polemik.

Zum Schluss noch eines: Vielen ist sicherlich noch das Theater Ende letzten Jahres in Erinnerung, als CDU und FDP der SPD vorwarfen, gemeinsame Sache mit den Linken gemacht und bei der Besetzung der Aufsichtsräte von Oper und Schauspielhaus der FDP einen Sitz abgenommen zu haben. Das wäre „undemokratisch“, schimpften damals die Fraktionen von CDU und FDP.

Bei der Besetzung des Integrationsausschusses galten nun offensichtlich andere Regeln: hier machte sich die CDU die krankheitsbedingte Abwesenheit einer linken Ratsfrau und das Abstimmungsverfahren zu Nutze, um den Linken einen Sitz abzunehmen. Im neuen Gremium sind die Linken nun nicht vertreten, während die CDU fünf Mitglieder stellt.

Merke: Ein Abstimmungsverfahren zu seinem Vorteil zu nutzen ist nur dann undemokratisch, wenn es der Mehrheit schadet.

➔ **Klimafreundliches Düsseldorf: Elektro-Fahrrad-Tankstellen**

Die SPD-Ratsfraktion hatte einen Antrag gestellt, der die Entwicklung und Errichtung von Elektro-Fahrrad-Tankstellen zum Ziel hatte, weil das Fahrrad als eigenständiges Verkehrsmittel ein wesentlicher Baustein einer zukunftsbeständigen Mobilität ist. Die Debatte entfaltete eine ungeahnte Dynamik.

So gab zum Beispiel der Republikaner im Stadtrat zu bedenken, dass er elektrisch angetriebene bzw. unterstützte Fahrräder für gefährlich halte, weil die Düsseldorfer Radwegeinfrastruktur nicht für diese Form der Mobilität geeignet sei. Und die Grünen forderten mit einem Ergänzungsantrag, dass für den Einsatz von Elektrofahrrädern nur Strom aus erneuerbaren Energien eingesetzt werden dürfe. Da sich die SPD-Ratsfraktion in ihrer Arbeit ohnehin am Ziel einer nachhaltigen Entwicklung orientiert, trugen sie damit jedoch Eulen nach Athen.

Während die ökonomischen und ökologischen Vorteile des Fahrrades auf kurzen und mittleren Strecken hinlänglich bekannt sind, wird jede noch so gute Idee für eine Förderung des Verkehrsmittels einer stadtverträglichen Mobilität von CDU und FDP im Rat mit z. T. widersinnigen Argumenten niedergemacht. So wurden die beantragten Elektro-Fahrrad-Tankstellen von der CDU allen Ernstes als „zu visionär“ bezeichnet und deshalb abgelehnt. Selbst die Entwicklung eines Düsseldorfer Elektro-Fahrrad-Tankstellen-Modells als Alleinstellungsmerkmal in der Arbeitsgemeinschaft der fahrradfreundlichen Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen (AGFS) vermochte die Mehrheit von CDU und FDP nicht zu überzeugen. Düsseldorf fährt auch 2010 weiter im ideologischen Kreisverkehr.